

AHK

World Business Outlook

Ergebnisse einer Umfrage bei den deutschen
Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen

Frühjahr
2018



DIHK

Deutscher
Industrie- und Handelskammertag

AHK

Deutsche
Auslandshandelskammern

Der AHK World Business Outlook basiert auf einer regelmäßigen DIHK-Umfrage bei den Mitgliedsunternehmen der Deutschen Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen (AHKs). Sie erfasst im Frühjahr 2018 die Rückmeldungen von weltweit über 5.100 deutschen Unternehmen, Niederlassungen und Tochtergesellschaften sowie Unternehmen mit engem Deutschlandbezug.

35 Prozent der antwortenden Unternehmen stammen aus dem Bereich Industrie und Baugewerbe, 44 Prozent aus dem Dienstleistungssektor und weitere 21 Prozent sind Handelsunternehmen. Kleinere Unternehmen mit weniger als 100 Mitarbeiter machen 54 Prozent der Antworten aus. 23 Prozent der Unternehmen beschäftigen 100 bis 1.000 Mitarbeiter. Große Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeiter haben einen Anteil von 23 Prozent der Befragten.

Die Umfrage wurde im März und April 2018 durchgeführt.

Inhalt

Kernbotschaften	3
Europäische Union	7
Ost-/Südosteuropa, Russland, Türkei	11
Asien / Pazifik	13
Nordamerika	16
Süd- und Mittelamerika	18
Afrika, Nah- und Mittelost	20
Statistischer Anhang	23
Fragebogen	32



Herausgeber
und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | 10178 Berlin-Mitte
Telefon 030 20308-0 | Fax 030 20308-1000

Vertretung des Deutschen Industrie- und Handelskammertages bei der
Europäischen Union
19 A-D, Avenue des Arts | B-1000 Bruxelles
Telefon +32 2 286-1611 | Fax +32 2 286-1605

Internet: www.dihk.de
Facebook: www.facebook.com/DIHKBerlin
Twitter: [http://twitter.com/DIHK_News](https://twitter.com/DIHK_News)
[http://twitter.com/DIHK_Research](https://twitter.com/DIHK_Research)

Redaktion

Kevin Heidenreich, Dr. Ilja Nothnagel
Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht

Layout

Sebastian Titze

Stand

Mai 2018

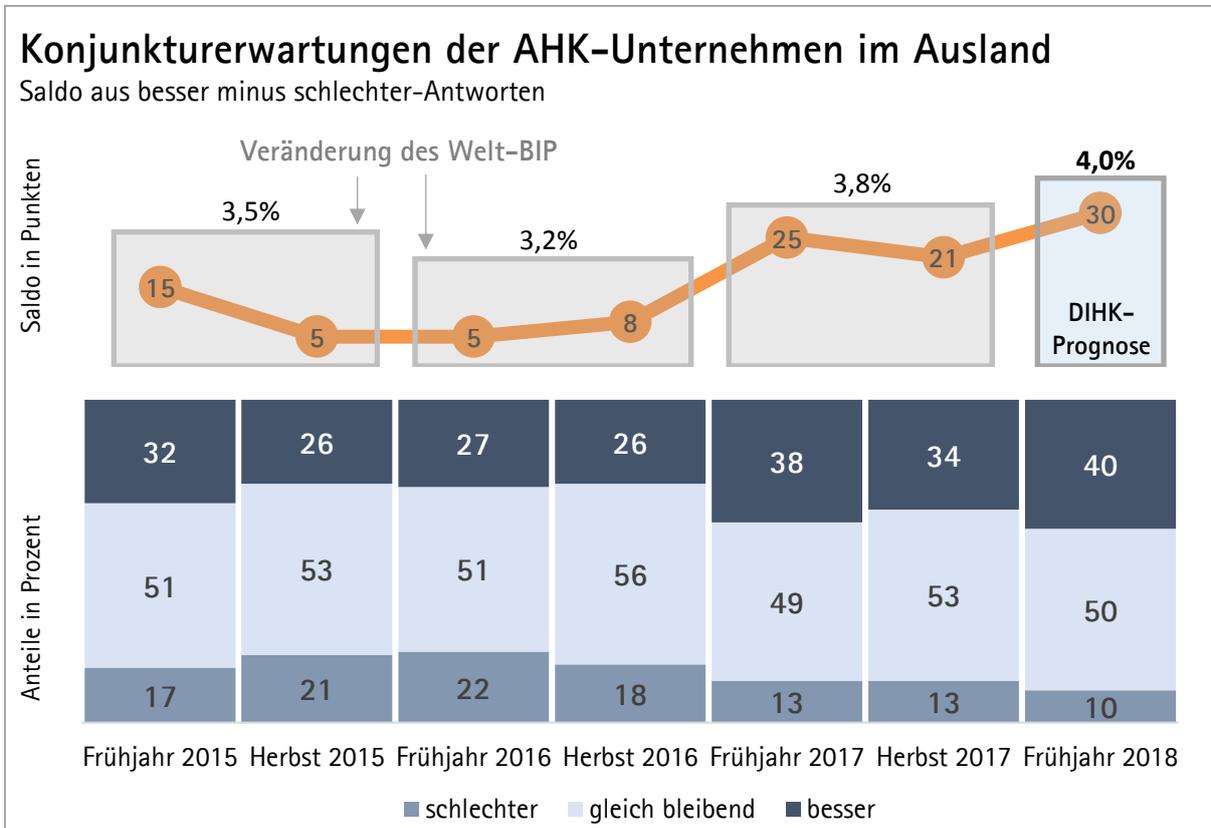
Kernbotschaften

Weltwirtschaft erstaunlich robust – Risiken nehmen zu

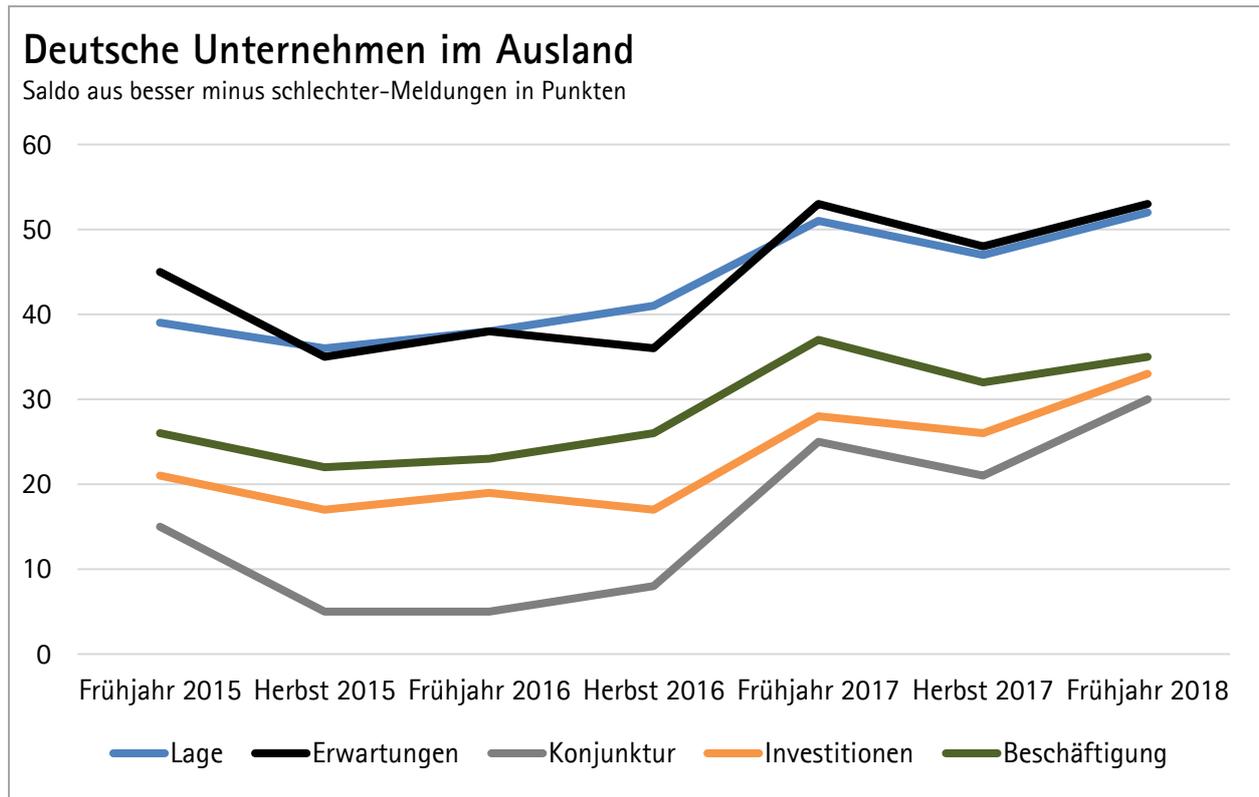
Das weltweite Wirtschaftswachstum entwickelt sich trotz weltweiter Krisen und handelspolitischer Herausforderungen insgesamt robust. Die deutschen Unternehmen im Ausland blicken nach einer leichten Eintrübung im Herbst 2017 grundsätzlich zuversichtlich auf die globale Konjunktur. In fast allen Weltregionen sind die Erwartungen an die Konjunktur gestiegen. Lediglich in China gibt es einen leichten Rückgang bei den Wachstumserwartungen – ausgehend von hohem Niveau.

40 Prozent der weltweit gut 5.100 von den AHKs befragten Unternehmen sieht in den kommenden zwölf Monaten eine positive Entwicklung der Konjunktur vor Ort – so viele wie noch

nie seit dem Frühjahr 2015. Lediglich 10 Prozent erwarten eine Verschlechterung. Der daraus resultierende Saldo aus besser- und schlechter-Bewertungen von 30 Punkten ist deutlich höher als noch im Herbst 2017 (21 Punkte). Zwar werden international mehr Handelshemmnisse beobachtet¹ und sind politische Krisen sowie wirtschaftspolitischer Unsicherheiten wie dem Brexit bei den Unternehmen spürbar. Die weltweite Konjunktur schlägt sich jedoch derzeit noch wacker. Davon profitiert die deutsche Wirtschaft angesichts ihrer internationalen Aufstellung. Während die Sorge um Nachfrageaspekte weiter zurückgeht, kommen Themen wie Rechtsunsicherheit und Handelshemmnisse als Herausforderungen und Risiken immer mehr ins Blickfeld.



¹ [DIHK Going International 2018](#)



Deutsche Unternehmen weltweit erfolgreich

Dank der guten Weltkonjunktur und wieder anziehender Investitionsneigung weltweit machen deutsche Unternehmen im Ausland gute Geschäfte. Sowohl die Lage der Unternehmen als auch die Erwartungen für die eigene Geschäftsentwicklung verbessern sich deutlich. Immerhin 58 Prozent der im Ausland ansässigen deutschen Unternehmen bezeichnen ihre derzeitige internationale Geschäftssituation als gut, lediglich sechs Prozent als schlecht. Der Lagesaldo in Höhe von 52 Punkten wächst gegenüber den 47 Punkten in der Vorumfrage. Die Erwartungen für die kommenden zwölf Monate sind mit einem Saldo von 53 Punkten ebenfalls verbessert (zuletzt: 48 Punkte). Weltweit erwarten lediglich vier Prozent der deutschen Unternehmen schlechtere Geschäfte in den kommenden zwölf Monaten. Die Sorge über eine schwächere Nachfrage auf den Märkten geht etwas zurück (Rückgang von 41 auf 40 Prozent).

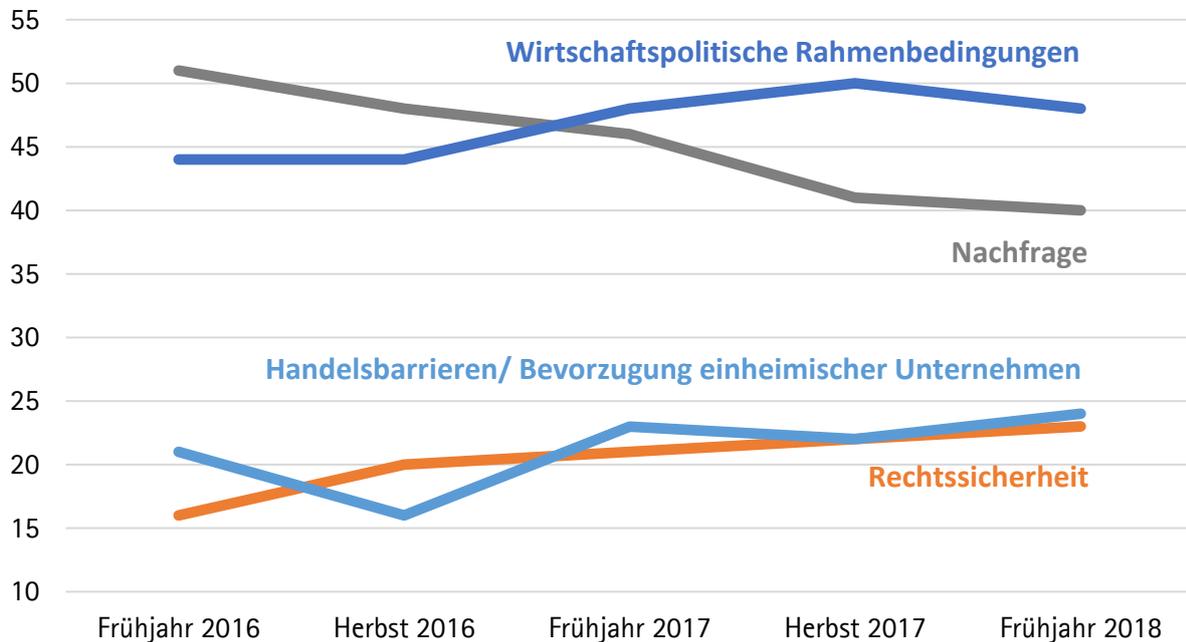
Mehr Investitionen und Personal

Diese guten Werte zeigen, dass sich die deutschen Unternehmen im Wettbewerb weltweit gut aufgestellt sehen. Mit ihren Produkten und Dienstleistungen sind sie nah an den Kunden und können durch Qualität überzeugen. Die optimistische Grundstimmung zeigt sich auch in den aufgestockten Investitions- und Beschäftigungsplänen der Unternehmen.

Risiko Wirtschaftspolitik!

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen stellen erneut das größte Risiko für die deutschen Unternehmen weltweit dar. Der Anteil der Unternehmen, die dieses Risiko nennen, geht nur sehr leicht von 50 Prozent auf 48 Prozent zurück, es bleibt mit Abstand das Top-Risiko für die Unternehmen. In vielen Ländern herrscht aufgrund von Handelseinschränkungen und Abschottungstendenzen Verunsicherung über die

Risiken für deutsche Unternehmen im Ausland in den kommenden zwölf Monaten (in Prozent)

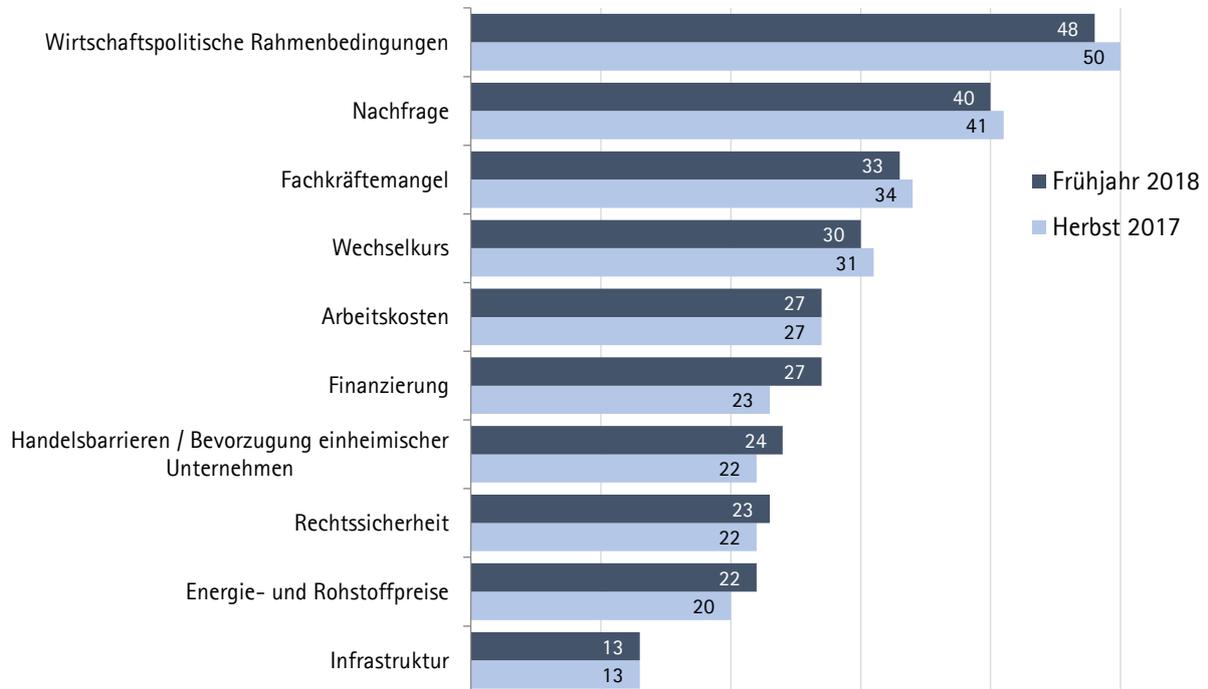


zukünftigen Bedingungen für gute Geschäfte im jeweiligen Land. Ein Extrembeispiel liefert der Brexit: Er dürfte für zahlreiche Einschränkungen der Geschäftstätigkeit auf dem europäischen Kontinent sorgen. Diverse Konflikte – in der Ukraine, im Nahen Osten oder in Afrika – sind ein weiterer Beleg für die nach wie vor hohe Unsicherheit über geeignete Rahmenbedingungen im internationalen Geschäft. Zusätzlich sorgen die Handelspolitik der US-Regierung und die Schwächung der WTO für Sorgenfalten.

seit Abfrage des Risikos. Die als protektionistisch empfundene Handelspolitik der USA, die jüngst in der Einführung verschiedener Strafzölle gipfelte, sorgt ebenfalls für Unsicherheit. Insgesamt sehen deutsche Unternehmen Jahr für Jahr eine weitere Zunahme an Barrieren im internationalen Geschäft. Derzeit scheint sich hier – auch wegen verschärfter Sanktionen gegen Russland und den Iran – eine Kumulierung der Probleme anzubahnen.

Das Risiko des Fachkräftemangels nennen aktuell etwas weniger Unternehmen als noch zuletzt. Für ein Drittel bleibt es aber schwierig, geeignetes Personal zu finden. Aufgrund an teilweise steigender Zinsen nimmt auch das Risiko Finanzierung in der Befragung zu. Nach 23 Prozent in der Herbstumfrage 2017 sind es nun 27 Prozent der Unternehmen, die Probleme in der Finanzierung ihrer Geschäfte befürchten. Das Problem von Handelsbarrieren bzw. der Bevorzugung einheimischer Unternehmen steigt von 22 auf 24 Prozent – dem höchsten Wert

Risiken für deutsche Unternehmen im Ausland in den kommenden zwölf Monaten (in Prozent)



Europäische Union

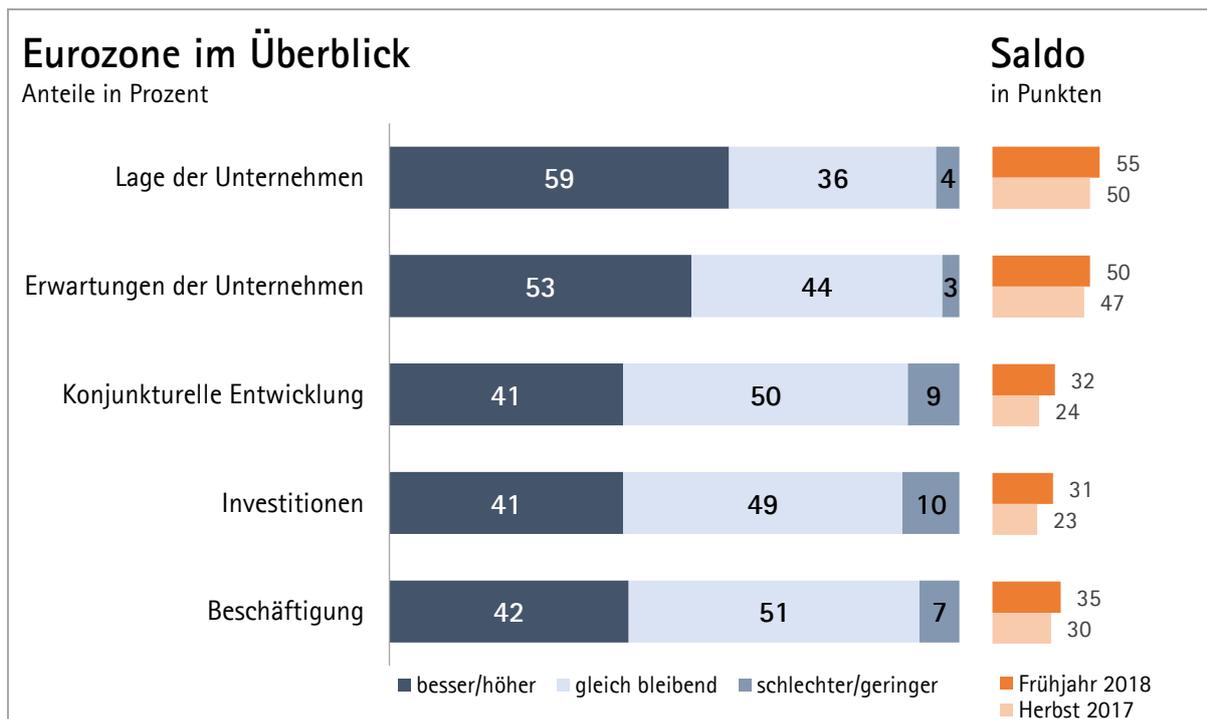
Frankreich

Die französische Wirtschaft zeigt ein beschleunigtes Wachstum auf breiter Basis. So trägt neben dem Privatkonsum und Investitionen die Erholung der Bau-, Tourismus- und Landwirtschaftsbranche zum Wirtschaftswachstum bei. Die bereits umgesetzten Arbeitsmarkt- und Steuerreformen werden mittelfristig zudem ihre Wirkungen entfalten. Potenzial für zusätzliches Wachstum in den kommenden Jahren liegt in der Umsetzung weiterer Reformen durch Präsident Macron. Der Saldo der Geschäftserwartungen der deutschen Unternehmen in Frankreich liegt allerdings derzeit noch etwas unterhalb des Durchschnitts der Eurozone bei 45 Punkten. Vor allem bei den Investitionen zeigen sich die Betriebe zurückhaltend (Investitionssaldo 27 Punkte). Die Entwicklung der Nachfrage und die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind aus Sicht der Unternehmen die größten Risiken. Zudem sind Lösungen für die hohe Staatsschuldenquote und die hohe Jugendarbeitslosigkeit nötig. Hierfür könnten aus der im

April vorgestellten Bildungsreform neue Impulse kommen.

Italien

Das Wachstum in Italien bleibt mit voraussichtlich 1,5 Prozent verhalten. Die Aufwertung des Euro bremst gerade die italienischen Exporte, die zuletzt signifikant zum Wachstum beigetragen hatten. Die nach wie vor hohe (Jugend-) Arbeitslosigkeit bremst den Konsum. Mehr als die Hälfte der deutschen Unternehmen in Italien sorgt sich deshalb um die Nachfrage. Die Geschäftserwartungen und die Erwartungen an die Konjunktur im Land sind mit jeweils 47 Punkten im Saldo aber deutlich positiv. Die Investitionen tragen ebenfalls zum Wachstum bei und sollen mit zahlreichen Initiativen zu „Industrie 4.0“ weiter angekurbelt werden. Nachdem die Parlamentswahlen im März keinen klaren Sieger hervorgebracht haben, läuft derzeit noch die Regierungsbildung, Neuwahlen zeichnen sich jedoch ab. Eine stabile Mehrheit für



Reformen in der Regierung ist aber die Voraussetzung, die strukturellen Probleme im Land anzugehen. 59 Prozent der Unternehmen nennen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als das größte Risiko ihre Geschäftsentwicklung – auch im Vergleich zu anderen Ländern ein hoher Wert.

Spanien

Spanien wächst weiterhin robust, der Saldo der Konjunkturerwartungen beträgt 55 Punkte und liegt damit deutlich höher als der EU-Durchschnitt (33 Punkte). Die Arbeitslosenquote sinkt kräftig und kurbelt so den privaten Konsum an. Auch die Exporte tragen zum Wachstum bei. Jeweils knapp die Hälfte der deutschen Unternehmen will Investitionen und Beschäftigung ausbauen. Die zuletzt drei Prozent Wachstum können aber dieses Jahr wohl nicht noch einmal erreicht werden. Zudem verunsichert die Diskussion über die angestrebte Unabhängigkeit Kataloniens die Betriebe in der Region weiterhin.



Griechenland

Griechenland hat sich nach langer Rezession wieder zu Wachstum gekämpft. Für 2018 ein Wirtschaftswachstum von bis zu zwei Prozent erwartet. Wachstumstreiber sind zum einen die steigenden Investitionen. Infolge der sinkenden Arbeitslosigkeit – bspw. durch den Aufschwung

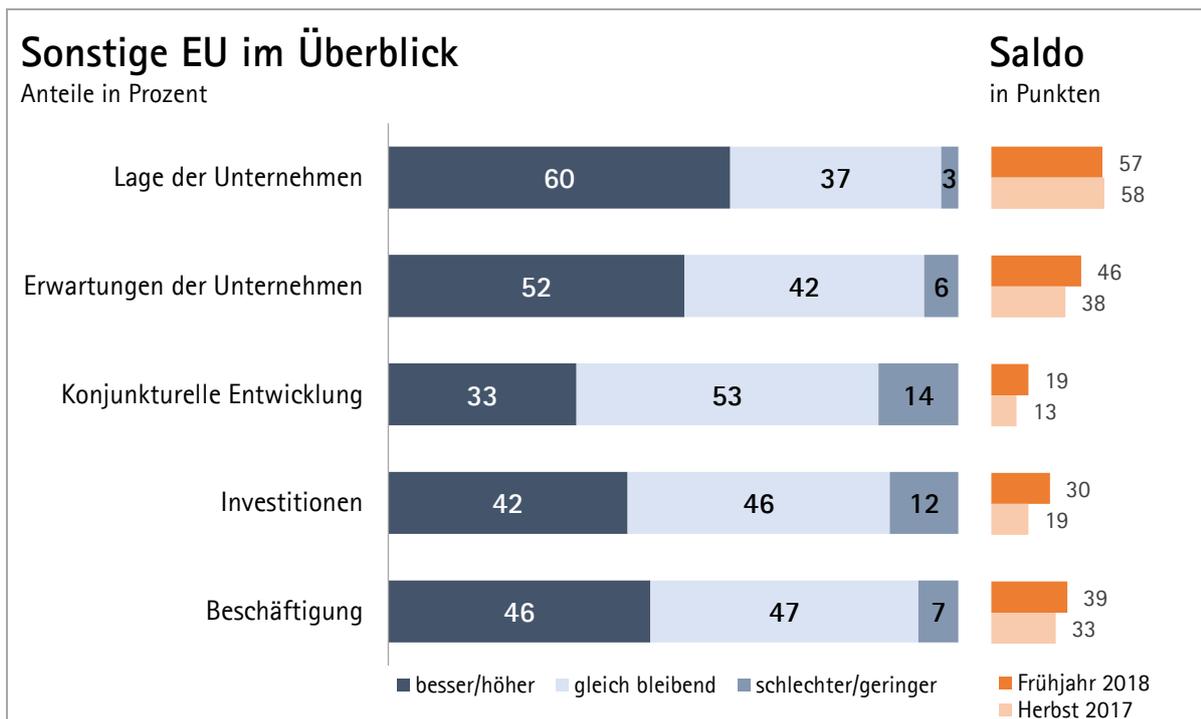
im für die griechische Wirtschaft bedeutenden Tourismussektor – steigt zum anderen der private Konsum. Die deutschen Unternehmen vor Ort erwarten dementsprechend gute Geschäfte. Der Saldo der Geschäftserwartungen beträgt 54 Punkte. Nach der Überprüfung des Griechenland-Hilfsprogrammes Ende 2017 haben die Euro-Finanzminister grünes Licht für die Auszahlung der nächsten Kredittranche gegeben. Im Sommer 2018 soll dann der Austritt aus dem Rettungsschirm erfolgen. Bis dahin sollten noch zahlreiche Spar- und Reformmaßnahmen umgesetzt werden. Die letzte geplante Überprüfung läuft derzeit und soll bis spätestens Anfang Mai abgeschlossen werden.

Vereinigtes Königreich

Die Wirtschaft im (noch) EU-Mitgliedsland wächst weiterhin nur verhalten. Das Vereinigte Königreich wird 2018 voraussichtlich nur um 1,6 Prozent wachsen – das untere Ende der EU-Wachstumszahlen. Der bevorstehende Brexit belastet die wirtschaftlichen Beziehungen. Die deutschen Exporte in das Vereinigte Königreich sind bereits rückläufig. Das Ausfuhrgeschäft aus dem Vereinigten Königreich heraus wird hingegen derzeit noch durch das schwache Pfund gestützt. Mit der Einigung mit der EU auf eine Übergangsphase bis Ende 2020 hat es eine wichtige Entscheidung gegeben. So herrscht zumindest für die nächsten Monate Gewissheit. Hinsichtlich der inhaltlichen Ausgestaltung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich sind aber noch viele Fragen offen. Investoren zeigen sich daher weiter zurückhaltend. Die Inflationsrate um die drei Prozent drückt zudem auf die Haushaltseinkommen und wirkt so zusätzlich als Konjunkturbremse.

Polen

Polens Wirtschaft zeigt sich mit einem prognostizierten Wachstum von über vier Prozent erneut dynamisch. Getragen wird das Wachstum dank der weiter sinkenden Arbeitslosigkeit vom



privaten Konsum. Zudem ist ein langsamer Anstieg der Investitionen zu verzeichnen. Die Lage der deutschen Unternehmen ist dementsprechend gut (Saldo 61 Punkte). Die Aussichten für die konjunkturelle Entwicklung sind überdurchschnittlich (Saldo 22 Punkte). Die Debatte um die Rechtsstaatlichkeit Polens hat mit dem Inkrafttreten des ersten Teils der umstrittenen Justizreform im Januar und der Einleitung eines Verfahrens der EU gegen diese Reform eine neue Stufe erreicht.

Tschechien

Um die tschechische Wirtschaft ist es weiterhin gut bestellt. Die Lage der deutschen Unternehmen beträgt im Saldo 60 Punkte. Auch die Erwartungen sind mit 50 Saldopunkten positiv. Konsumfreudige Privathaushalte infolge steigender Löhne, eine Zunahme der Exporte und Investitionen von Unternehmen sowie vom Staat sorgen für gute Stimmung in der Wirtschaft. Der Tschechische Notenbankchef warnte allerdings jüngst vor einer Überhitzung. Schwierig gestaltet sich auch die Regierungsbildung. Für die kommenden Monate wird mit einer leichten Abschwächung der Wirtschaftsdynamik

gerechnet. Der Konjunktursaldo beträgt 19 Punkte. Die Wirtschaft wird 2018 voraussichtlich um 3,5 Prozent wachsen nach über vier Prozent im Vorjahr.

Ungarn

Ungarns Wirtschaft zeigt sich auch 2018 mit einer Wachstumsrate von knapp vier Prozent dynamisch. Die deutschen Unternehmen erwarten eine positive Entwicklung der Wirtschaft (Konjunktursaldo 38 Punkte). Wachstumstreiber ist aufgrund der guten Beschäftigungssituation zum einen der private Konsum. Zum anderen steigen die Investitionen – ungeachtet einer leichten Abschwächung im Vergleich zum Vorjahr – weiterhin kräftig. International wird weiterhin die Rechtsstaatlichkeit einzelner neuer ungarischer Gesetze in Frage gestellt. Nach dem erneuten Wahlsieg der Partei von Ministerpräsident Orbán im April werden die weitere Entwicklung im Land und in den Beziehungen zur EU genau beobachtet.

Bulgarien

Bulgarien ist durch seine EU-Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 2018 verstärkt in den Fokus gerückt und kann mit einigen Standortvorteilen gegenüber Wettbewerbern in der Region punkten. Dazu zählen beispielsweise der Zugang zum EU-Binnenmarkt, der feste Wechselkurs sowie die niedrigsten Steuersätze in der gesamten EU. Die deutschen Unternehmen sind mit ihrer Lage außerordentlich zufrieden, der Saldo beträgt 66 Punkte. Seit dem EU-Beitritt 2007 hat sich die bulgarische Wirtschaft sehr positiv entwickelt und BIP-Zuwächse deutlich über dem EU-Durchschnitt erzielt. Für 2018 wird ein Wachstum von 3,8 Prozent prognostiziert. Größtes Risiko für die Unternehmen bleibt der Fachkräftemangel. Ganze 78 Prozent der Unternehmen sehen dies als Risiko für die weitere Entwicklung ihrer Geschäfte an.



Rumänien

Die deutschen Unternehmen in Rumänien bewerten ihre Lage mit einem Saldo von 53 Punkten überwiegend als gut. Für die Entwicklung der Gesamtwirtschaft erwarten sie aber keine Fortsetzung des starken Wachstums von 2017, der Konjunktursaldo für die kommenden 12 Monate beträgt minus 29 Punkte. Angesichts der sehr hohen Wachstumsrate von sieben Prozent im letzten Jahr, erscheint eine leicht abgekühlte Entwicklung wahrscheinlich: Rumäniens Wirtschaftswachstum wird für dieses Jahr nochmals auf rund fünf Prozent geschätzt. Nachdem das Wachstum 2017 vornehmlich vom Konsum getrieben war, dürften dieses Jahr auch die Investitionen zulegen (Saldo 48 Punkte). Im öffentlichen Sektor stehen Infrastrukturinvestitionen mithilfe von EU-Fördergeldern an. Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Gesundheit sind notwendige Voraussetzung für langfristiges Wachstum.

Ost-/Südosteuropa, Russland, Türkei

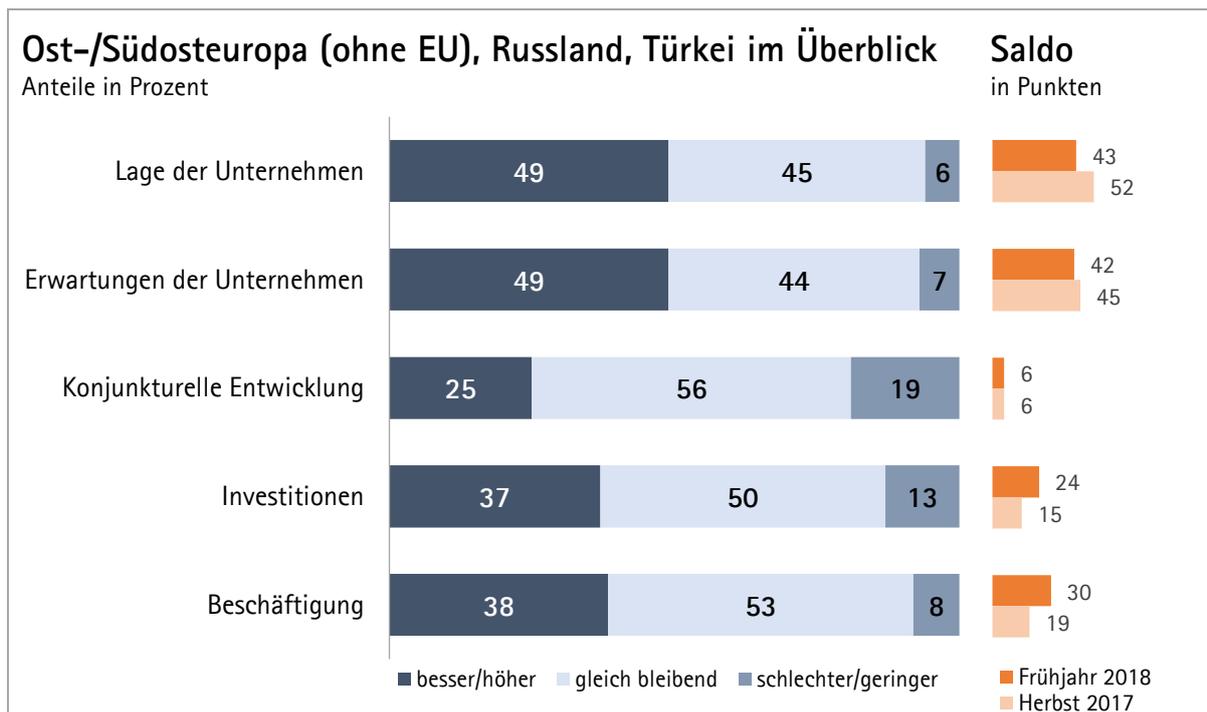
Türkei

Die Wachstumsraten in der Türkei sind dank sehr expansiver Fiskalpolitik aktuell weiterhin positiv. 2018 wird ein Wachstum der Wirtschaft von etwa vier Prozent prognostiziert. Die deutschen Unternehmen machen insgesamt gute Geschäfte (Lagesaldo 46 Punkte) und auch die Geschäftserwartungen sind mit einem Saldo von 37 Punkten überwiegend positiv. Etwa drei Viertel der Unternehmen sehen den Wechselkurs als Risiko für die Geschäfte. Die hohe Inflationsrate und die Abwertung der Lira bleiben Risikofaktoren für die wirtschaftliche Entwicklung. Knapp die Hälfte sorgt sich zudem um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Die politischen Unwägbarkeiten sind groß. Besonders deutlich wird die Verunsicherung in der Zurückhaltung kleiner und mittelständischer Unternehmen in Hinblick auf Neuinvestitionen. Außerdem ist die Arbeitslosigkeit – insbesondere bei jungen Menschen – weiterhin hoch. Zusätzlich dürfte die erneute Herabstufung der

Kreditwürdigkeit der Türkei die Finanzierung erschweren und langfristig eine steigende Zinslast mit sich bringen. Die Konjunkturerwartungen sind daher deutlich negativ. Der Saldo beträgt minus 20 Punkte.

Serbien

Die Wirtschaft des EU-Beitrittskandidaten wächst mit über 3 Prozent weiterhin robust. Treiber sind die gestiegenen Investitionen und eine Zunahme des Konsums. Zudem steigen die Exporte. Die deutschen Unternehmen erwarten mit einem Saldo von 60 Punkten überwiegend gute Geschäfte in den kommenden zwölf Monaten. Auch die Erwartungen an die wirtschaftliche Entwicklung im Land ist mit 33 Punkten im Saldo deutlich positiv.



Bosnien und Herzegowina

Bosnien und Herzegowinas Wirtschaft wächst seit 2015 relativ konstant mit Raten um die drei Prozent. Angesichts dieser positiven Entwicklung rechnen etwas weniger Unternehmen mit zusätzlichem konjunkturellen Schwung (Saldo der Konjunkturerwartungen: 19 Punkte). Die Erwartungen der Unternehmen an die Geschäfte in den kommenden zwölf Monaten sind hingegen fast ausschließlich positiv (Saldo 80 Punkte). Zudem planen die deutschen Unternehmen vor Ort Steigerungen bei Investitionen und Beschäftigung. Vor allem die Exporte stärken die lokale Wirtschaft. Die politischen Spannungen innerhalb des Landes und die hohe Arbeitslosigkeit bremsen allerdings eine noch bessere Entwicklung der Volkswirtschaft.

TOP 3 Risiken Ost-/Südosteuropa (ohne EU), Russland, Türkei

in Prozent



Russland

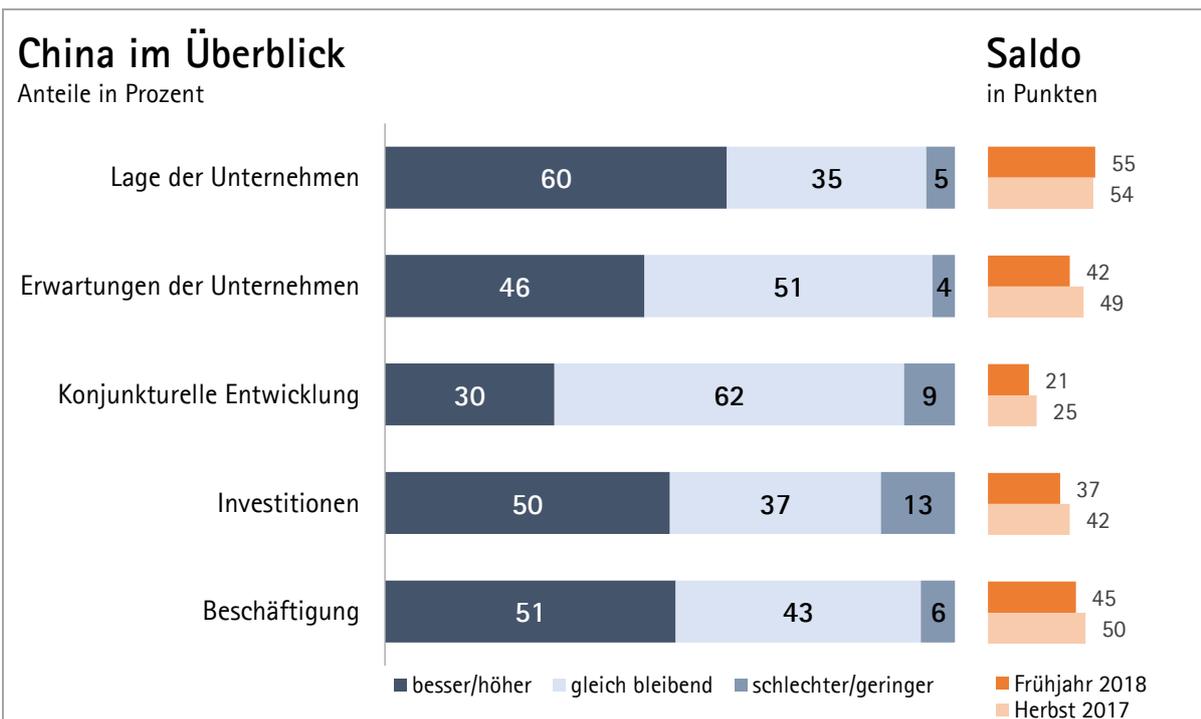
Die russische Wirtschaft wird 2018 voraussichtlich das zweite Jahr in Folge wachsen. Hierfür ist vor allem die Stabilisierung des Ölpreises ausschlaggebend. Die Entwicklung der eigenen Geschäfte in den kommenden 12 Monaten sehen die deutschen Unternehmen in Russland mit einem Saldo von 34 Punkten überwiegend positiv. Die Produktivitätsgewinne in der russischen Volkswirtschaft als Ganzes sind allerdings weiter gering. Bei der Konjunktorentwicklung sind die Unternehmen dementsprechend zurückhaltender. Der Konjunktursaldo beträgt lediglich sieben Punkte. 2018 wird Russland um voraussichtlich 1,7 Prozent wachsen. Für ein höheres Wachstum wären tiefgreifende Reformen nötig, um die russische Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu machen und das Land stärker in globale Wertschöpfungsketten zu integrieren. Nach der Wiederwahl von Präsident Putin erscheint es allerdings unwahrscheinlich, dass ein neuer wirtschaftspolitischer Kurs eingeschlagen wird. Aktuell werden neue US-Sanktionen die Geschäfte deutscher Unternehmen erschweren. Zusätzliche politische Spannungen können ebenfalls Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Rubel zur Folge haben. Der Wechselkurs ist das größte Risiko für die deutschen Unternehmen. 59% sorgen sich um die weitere Entwicklung des Rubels. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sehen 58 Prozent als Risiko für die Geschäfte an.

Asien / Pazifik

China

Mit einer Wachstumsrate von über 6 Prozent bleibt China weiterhin auf Wachstumskurs, auch wenn sich bereits seit einer Weile eine langsame Abschwächung des Wachstums abzeichnet. Der Saldo der Konjunkturerwartungen der deutschen Unternehmen in China beträgt 21 Punkte. 62 Prozent rechnen mit einem gleichbleibenden Wirtschaftswachstum. Die Verschuldung des Privatsektors steigt. Dank steigender Löhne wächst der Konsum jedoch weiter und die Importnachfrage nimmt zu. Die großen Herausforderungen mit Blick auf den demographischen Wandel sowie die Überkapazitäten in einigen Branchen bestehen weiterhin fort. Zudem kommt die geplante Umstrukturierung der Wirtschaft insgesamt nur mit überschaubarem Tempo voran. Hinter vielen Ankündigungen der Regierung zur Öffnung von Märkten und Abbau von Hemmnissen für ausländische Unternehmen stehen große Fragezeichen. Angesichts der zunehmenden Kontrolle aller gesellschaftlichen Bereiche durch die Partei und

der Propagierung des chinesischen Staatskapitalismus als wirtschaftliches Erfolgsmodell auch für andere Länder besteht Unsicherheit über die weitere Öffnung des Landes. 41 Prozent der Unternehmen sehen dementsprechend die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als Risiko für die eigenen Geschäfte. Größte Sorge bleibt mit 50 Prozent aber der Fachkräftemangel in China.



aktuellen Wirtschaftsreformen wie eine einheitliche Mehrwertsteuer greifen. Steigende Direktinvestitionen und schrittweise Erfolge im Bürokratieabbau geben positive Impulse für die Wirtschaft. Dennoch bleibt die Wirtschaftspolitik das größte Risiko aus Sicht der Unternehmen (43 Prozent). Sie sorgen sich um die Fortsetzung des Reformkurses. Schnelle Fortschritte bei den Verhandlungen über das EU-Indien-Freihandelsabkommen bleiben zudem derzeit aus.



Malaysia

Die Aussichten für Malaysias Wirtschaft sind mit einer prognostizierten Wachstumsrate von über 5 Prozent weiterhin gut. Die Mehrheit der deutschen Unternehmen vor Ort rechnet mit einer Fortsetzung dieser erfreulichen Entwicklung (Konjunktursaldo: zwei Punkte). Die eigenen Geschäftserwartungen sind weiterhin positiv (Saldo 56 Punkte). Wachstumstreiber sind eine starke Binnennachfrage sowie die Exporte. Größte Risiken für die Unternehmen sind die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die Nachfrage und der Fachkräftemangel.

Philippinen

Die Philippinen befindet sich mit knapp sieben Prozent Wachstum weiterhin in einer Expansionsphase – vor allem dank eines wachsenden Dienstleistungssektors. Die Unternehmen erwarten eine positive konjunkturelle Entwicklung, der Saldo der Konjunkturerwartungen beträgt 50 Punkte. Auch die aktuellen Geschäfte (Saldo 63 Punkte) und die Geschäftserwartungen (Saldo 70 Punkte) sind deutlich positiv. Steigender Konsum sowie Infrastrukturinvestitionen stützen das Wachstum der Wirtschaft. Das größte Risiko sind die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Die politische Unsicherheit nimmt unter Präsident Duterte weiter zu. Knapp 50 Prozent der Betriebe sorgen sich um die künftige Wirtschaftspolitik in den Philippinen.

Vietnam

Die vietnamesische Wirtschaft legt weiterhin ein dynamisches Wachstum von über 6 Prozent an den Tag. Wachstumstreiber ist zum einen aufgrund von Vietnams gestärkter Rolle als internationaler Handelspartner die exportorientierte verarbeitende Industrie. Freihandelsabkommen, wie zukünftig mit der EU oder CPTPP, tragen zu einem weiteren Exportwachstum und damit einer weiteren Stärkung von Vietnams Rolle im Welthandel bei. Zum anderen unterstützt der expandierende Dienstleistungssektor das Wachstum. Negativ zu verbuchen sind die steigende Staatsverschuldung und der Fachkräftemangel vor Ort.

Nordamerika

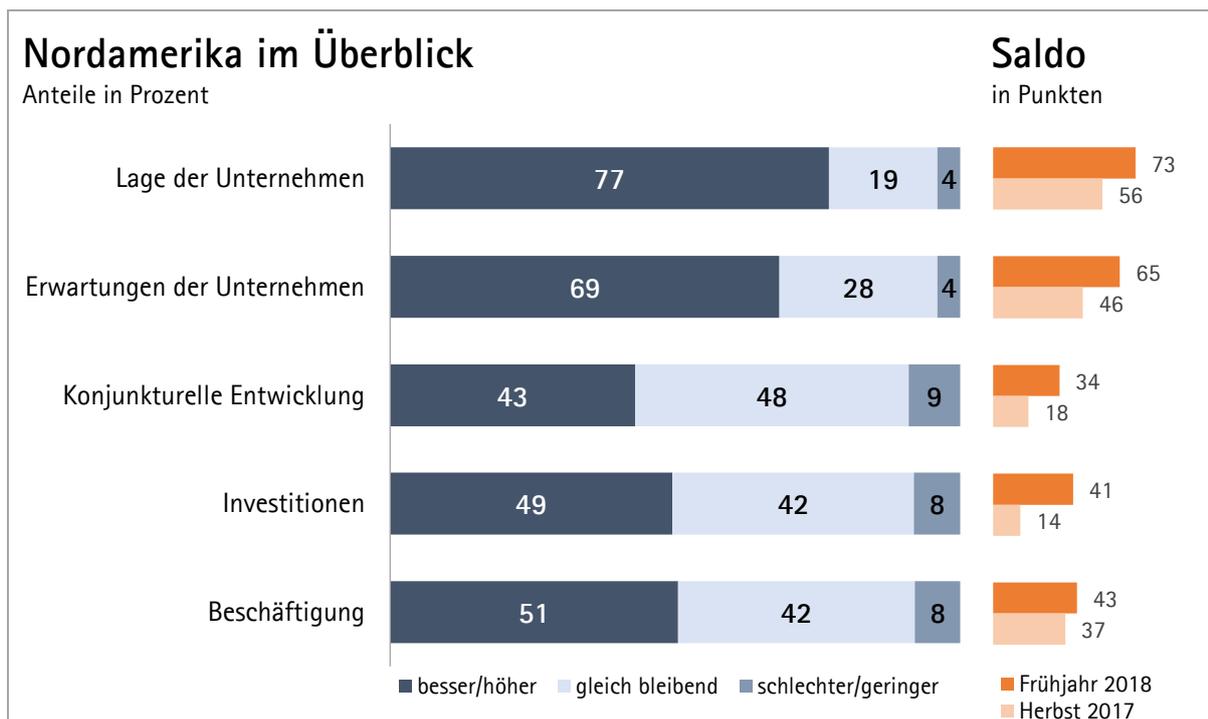
USA

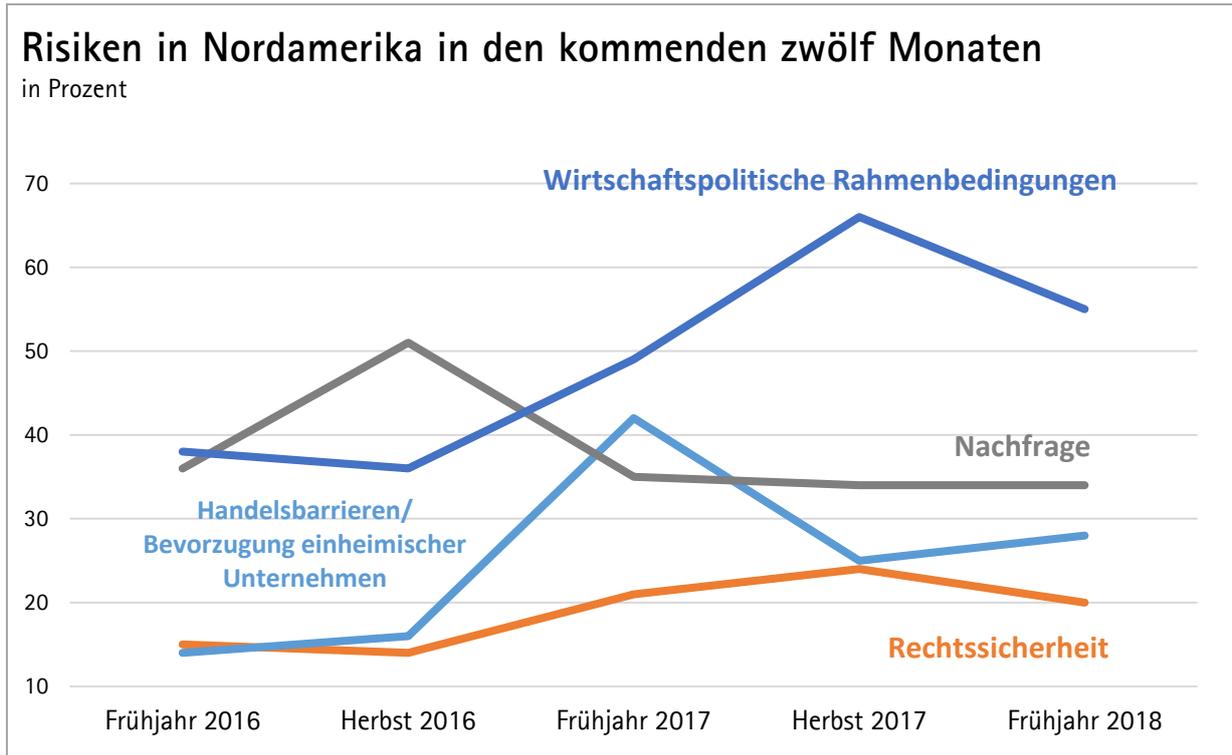
Die Wachstumsphase in den USA dauert auch 2018 mit einem prognostizierten Wachstum von bis zu 3 Prozent an. Der Saldo der Konjunkturerwartungen beträgt 44 Punkte. Grund für das Wachstum ist vor allem das positive Konsumklima. Die umfangreiche US-Steuerreform dürfte für zusätzliche Impulse sorgen – gerade bei Investitionen vor Ort. Die Geschäftslage wird von den Unternehmen mit 79 Punkten im Saldo überaus gut bewertet. Auch die Geschäftserwartungen für die kommenden 12 Monate sehen mit einem Saldo von 71 Punkten ebenfalls rosig aus. Für knapp die Hälfte der deutschen Unternehmen in den USA sind die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen jedoch ein Risiko für die eigenen Geschäfte. Trotz eines leichten Rückgangs im Vergleich zur Vorumfrage ist der Anteil damit weiterhin hoch. Es besteht hoher Modernisierungsbedarf im Bereich der Infrastruktur. Hinzu kommt die „America First“-Politik des Präsidenten: Zuletzt schürte Trump mit der Einführung von Importzöllen auf

Stahl und Aluminium sowie einem Handelsstreit mit China die Sorge vor einem weltweiten Handelskrieg. Zudem sorgt die NAFTA-Neuverhandlung weiterhin für Verunsicherung in der Wirtschaft.

Mexiko

Die Erwartungen der deutschen Unternehmen in Mexiko an die eigenen Geschäfte sind positiv (Saldo 42 Punkte). Die wirtschaftliche Entwicklung im Land wird mit einem Saldo von minus fünf Punkten hingegen überwiegend negativ bewertet. Für Mexiko wird zwar ein Wirtschaftswachstum von über zwei Prozent erwartet. Die wichtige Exportwirtschaft ist jedoch weiterhin stark abhängig von den USA. Daher wird der noch ungewisse Ausgang der NAFTA-Neuverhandlungen das tatsächliche Wirtschaftswachstum deutlich beeinflussen. Infolgedessen war zuletzt eine Zurückhaltung bei Investitionen zu spüren und der Peso schwächelte. Sollte die Inflation weiter ansteigen, könnte dies einen weiteren Anstieg des privaten





Konsums bremsen. Der wirtschaftspolitische Kurs im Anschluss an die im Sommer 2018 anstehenden Präsidentschaftswahlen ist ebenfalls ungewiss. 63 Prozent der Unternehmen sehen in der Wirtschaftspolitik ein Risiko für die Geschäfte. Als Risiko Nr. 2 folgt mit 55 Prozent der Wechselkurs.

Kanada

Kanadas Wirtschaft wird 2018 nicht mehr die drei Prozent Wachstum des Vorjahrs erreichen, bleibt dank starkem Konsum und steigenden Investitionen aber robust. Bremseffekte kommen von steigender Inflation und steigenden Zinsen. Neue Impulse liefert das CPTPP-Freihandelsabkommen. Durch die Steuerreform induziertes Wachstum in den USA könnte zudem positive Spill-Over-Effekte für Kanada nach sich ziehen. Die Entwicklung des Handels mit den USA bleibt allerdings nicht zuletzt wegen der Neuverhandlung des NAFTA-Abkommens ungewiss.



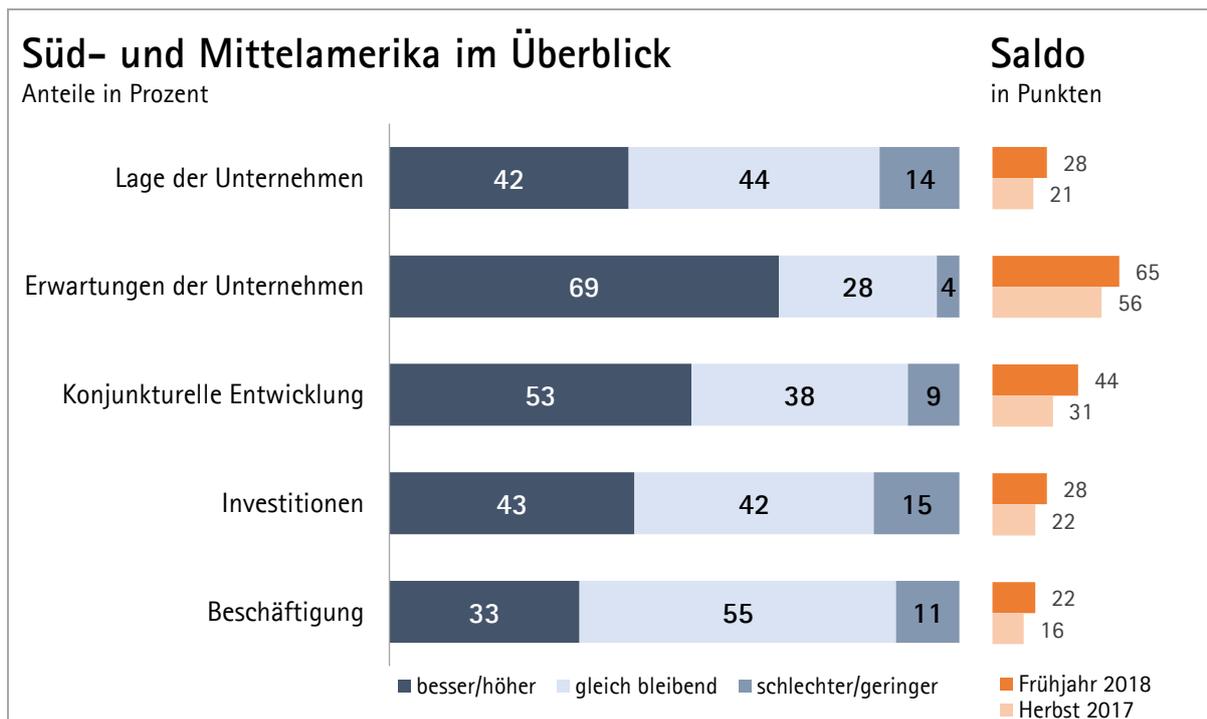
Süd- und Mittelamerika

Argentinien

Nach einem Wachstum 2017 von knapp drei Prozent werden in diesem Jahr voraussichtlich rund zwei Prozent erreicht. Der Saldo der Konjunkturerwartungen beträgt 50 Punkte. Die Geschäfte sollen in den kommenden Monaten zwar gut laufen (Saldo 61 Punkte), vor allem beim Beschäftigungsaufbau bleiben die Unternehmen mit einem Saldo von zwölf Punkten aber zurückhaltend. Risiken sind die zurückgehende, jedoch immer noch hohe Inflationsrate, die Staatsverschuldung sowie die unsichere Entwicklung der Nachfrage aus dem Nachbarland Brasilien. Die Arbeitskosten sind für 57 Prozent der deutschen Unternehmen in Argentinien ein Geschäftsrisiko. Die Bauindustrie profitiert von steigenden Infrastrukturinvestitionen. Im Rahmen der G20- und B20 Präsidentschaft will Präsident Macri für Investitionen in seinem Land werben. Impulse könnte der mögliche Abschluss des EU-Mercosur-Freihandelsabkommens geben.

Brasilien

Die brasilianische Wirtschaft erholt sich weiter langsam von der Krise. In diesem Jahr könnte Brasiliens Wachstum zum ersten Mal nach 2013 wieder zwei Prozent übersteigen. Die Erwartungen der Unternehmen an die Wirtschaftsentwicklung in den kommenden zwölf Monaten sind mit 44 Punkten gestiegen. Die aktuelle Geschäftslage wird mit lediglich 19 Punkten im Saldo im weltweiten Vergleich jedoch weiterhin relativ schlecht eingeschätzt. 71 Prozent der deutschen Unternehmen sehen die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen als Geschäftsrisiko. Eine stabile Regierung im Anschluss an die Präsidentschaftswahl im Herbst und wirtschaftspolitische Reformen sind Voraussetzung für ein nachhaltiges Wachstum in Brasilien. Ein Abschluss der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Mercosur könnte der südamerikanischen Wirtschaft insgesamt neue Impulse geben.



Chile

Der neue chilenische Präsident Piñera will mit Steuerreformen und einem Infrastrukturprogramm die Wirtschaft weiter ankurbeln. Dadurch könnte Chile bereits in diesem Jahr ein Wachstum von über drei Prozent erreichen. Die deutschen Unternehmen zeigen sich dementsprechend sehr optimistisch für die Wirtschaftsentwicklung – der Konjunktursaldo beträgt 83 Punkte. Auch mit Blick auf die eigenen Geschäftserwartungen sind die Unternehmen sehr zuversichtlich (79 Saldopunkte). Weiteren Schwung dürfte das Pazifikabkommen CPTPP für das Land bringen.

TOP 3 Risiken in Süd- und Mittelamerika

in Prozent



Ecuador

Die Wirtschaft in Ecuador wächst weiterhin robust mit Wachstumsraten um die 2,5 Prozent. Die Erwartungen an die mittelfristige Konjunktur bleiben mit einem Saldo von fünf Punkten jedoch verhalten. Die Pläne von Präsident Moreno zur Sanierung des Haushalts und einer Steuerreform sind notwendig, um das Wachstum auch langfristig zu sichern. Zumindest die Geschäftserwartungen sind mit 58 Punkten im Saldo optimistischer.

Kolumbien

Die kolumbianische Wirtschaft entwickelt sich wieder etwas dynamischer. Das niedrige Zinsniveau, Infrastrukturinvestitionen sowie der dynamische Agrarsektor fördern das Wirtschaftswachstum. Die deutschen Unternehmen vor Ort erwarten gut Geschäfte (Saldo 66 Punkte). Die Konjunkturerwartungen sind mit 30 Saldopunkten ebenfalls recht optimistisch. Die Folgen der Abwertung des Pesos sowie der Erhöhung der Mehrwertsteuer sind allerdings weiterhin zu spüren. Eine zügige Umsetzung des Friedensabkommens mit der FARC ist nach der Stärkung der Gegner des Abkommens bei den Parlamentswahlen im März jedoch nicht zu erwarten.

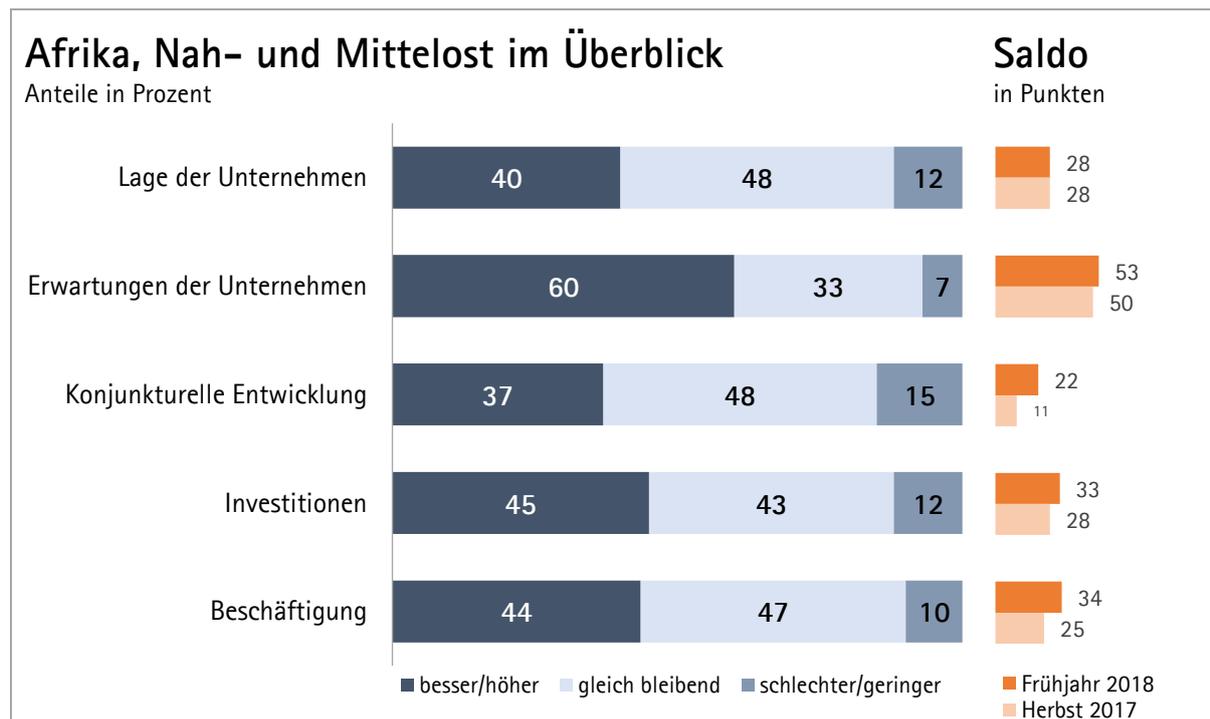
Afrika, Nah- und Mittelost

Iran

Die iranische Wirtschaft ist 2017 mit über vier Prozent gewachsen. Der bilaterale Handel mit dem Iran konnte sogar um 20 Prozent zulegen. Mit einer Kündigung der US-Regierung des Atom-Abkommens könnten die weitreichenden US-Sanktionen gegen den Iran wieder aufleben. Das würde den Iran in seiner wirtschaftlichen Entwicklung zurückwerfen, aber auch die deutschen Unternehmen direkt betreffen. Ohnehin bleiben die strukturellen Probleme groß: Gerade in den Branchen außerhalb des Ölsektors ist das Wachstum weiterhin schwach und die mangelnde Finanzierungsbereitschaft der Banken hemmt das Investitionsgeschäft aus dem Ausland. Zudem steigt die Arbeitslosigkeit an.

Vereinigte Arabische Emirate

Das Wirtschaftswachstum in den Vereinigten Arabischen Emiraten dürfte im Vergleich zum schwachen Jahr 2017 wieder etwas anziehen. Vor allem für Abu Dhabi, das Emirat mit den meisten Ölvorkommen, wirkt sich die Steigerung des Ölpreises positiv aus. Die Erwartungen der deutschen Unternehmen an die Konjunktur sind mit einem Saldo von lediglich fünf Punkten aber verhalten. Die zu Jahresbeginn eingeführte Mehrwertsteuer dämpft den Konsum. Die Einführung weiterer Steuern – bis jetzt gibt es weder Einkommens- oder Körperschaftsteuern noch Verbrauchssteuern – könnte folgen. Die Nachfrage ist für mehr als zwei Drittel der deutschen Unternehmen ein Risiko für die Geschäfte in den kommenden zwölf Monaten. Durch politische Spannungen wie etwa der Katar-Krise ist die Golfregion im vergangenen Jahr instabiler geworden. Das Image der Emirate hat dabei ein Stück weit Kratzer bekommen.



Ägypten

In Nordafrika ist Ägypten der mit Abstand wichtigste Partner der deutschen Wirtschaft und der größte Absatzmarkt für den Maschinen- und Anlagenbau in der Region. Die Lage der deutschen Unternehmen vor Ort ist mit einem Saldo von 70 Punkten im Vergleich aller Regionen außerordentlich gut. Auch die Erwartungen sind positiv (Saldo 65 Punkte). Die ägyptische Wirtschaft ist mit einer prognostizierten Wachstumsrate von über fünf Prozent auf Wachstumskurs. Der Saldo der Konjunkturerwartungen der Unternehmen beträgt 26 Punkte. Eine Reform von Ende 2016 zeigt Erfolge in Form von einer Verringerung des Budgetdefizits und dem Aufbau angemessener Devisenreserven. Das neue Investitionsgesetz soll zudem dazu beitragen, dass Investitionen in Ägypten attraktiver werden. Ägyptens Stabilität in der Zukunft wird aber vor allem auch davon abhängen, inwiefern das Wirtschaftswachstum mit dem hohen Bevölkerungswachstum Schritt halten kann. Vor allem neue Jobs sind daher nötig, die im Zuge von strategischen Großprojekten wie dem Bau neuer Megastädte und einer grundlegenden Erneuerung der Wasser- und Energieversorgung geschaffen werden sollen.

TOP 3 Risiken

Afrika, Nah- und Mittelost

in Prozent



Tunesien

Die Wirtschaft in Tunesien erholt sich weiter. Die deutschen Unternehmen erwarten mit einem Konjunktursaldo in Höhe von 24 Punkten eine weiterhin positive Entwicklung. Die Erwartungen für die eigenen Geschäfte sind ebenfalls optimistisch, der Saldo beträgt 54 Punkte. Problematisch ist der hohe Preisanstieg im Land aufgrund steigender Energiepreise und der Abwertung des Dinars.. 44 Prozent der deutschen nennen aber den Wechselkurs als Risiko für ihre Geschäfte. Die schwache Währung ist dabei zumindest förderlich für den Exportsektor. Probleme bereiten die hohe Staatsverschuldung, ineffiziente Verwaltungsstrukturen und die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Punkten kann Tunesien jedoch mit politisch stabilen Verhältnissen, Pressefreiheit und Rechtsstaatlichkeit. Zudem erhält das Land im Rahmen der Afrika-Strategie der Bundesregierung finanzielle Unterstützung, die an Reformvorhaben im Land geknüpft ist.

Kenia

Die kenianische Wirtschaft legt ein im Vergleich zum Vorjahr etwas beschleunigtes Wachstum von über fünf Prozent an den Tag. Die deutschen Unternehmen sehen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes positiv entgegen (Saldo Konjunkturerwartungen 43 Punkte). Neue Investitionen, vor allem in Infrastruktur, und eine stabile Entwicklung sorgen aber für positive Stimmung. Auch die Erwartungen der deutschen Unternehmen an die eigenen Geschäfte sind mit einem Saldo von 87 Punkten sehr hoch. Zudem scheint der Konflikt zwischen Präsident Kenyatta und Oppositionsführer Odinga vorerst beruhigt. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen bleiben aber das größte Problem für die Unternehmen. Die Hälfte der Betriebe sieht zudem das Thema Finanzierung als Hindernis für die Geschäfte vor Ort an.

Zudem sind die hohe Arbeitslosigkeit und steigende Staatsschulden wie in vielen afrikanischen Ländern aber auch in Kenia ein Problem.

Südafrika

Südafrika, das wirtschaftliche Schwergewicht des Kontinents, wächst weiterhin nur schwach. Die Stabilisierung der Preise von wichtigen Exportrohstoffen könnte helfen, das Wachstum 2018 zumindest wieder etwas anzuschieben. Der Saldo der Konjunkturerwartungen beträgt 27 Punkte. Der unklare wirtschaftspolitische Kurs des neuen Präsidenten Ramaphosa sowie die angekündigte Landreform sorgen für Unsicherheit. Das größte Risiko für die deutschen Unternehmen sind dementsprechend die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Drei Viertel der Betriebe nennen sie als Hindernis für ihre Geschäfte. Dies hemmt weiterhin Neuinvestitionen. Der Investitionssaldo beträgt lediglich drei Punkte. Auch beim Beschäftigungsaufbau sind die Unternehmen zurückhaltend (Saldo null Punkte). Die hohe Arbeitslosigkeit soll mit einer Reihe von Initiativen bekämpft werden. Außerdem gibt die Ankündigung Ramaphosas, gegen die Korruption im Lande vorgehen zu wollen, Hoffnung.

Statistischer Anhang

Region/Land Saldo aus höher minus geringer-Anteilen	Geschäfts- lage	Geschäfts- erwartungen	Konjunk- turentwicklung	Investitions- absichten	Beschäfti- gungsabsichten
Weltweit	52	53	30	33	35
Eurozone	55	50	32	31	35
Deutschland	63	41	21	27	32
Estland	43	43	32	43	45
Frankreich	56	45	44	27	40
Griechenland	42	54	2	32	30
Italien	50	47	47	25	33
Lettland	47	55	36	43	41
Litauen	80	63	48	38	41
Portugal	63	53	43	38	47
Spanien	43	68	55	41	40
Sonstige EU, Schweiz, Norwegen	57	46	19	30	39
Bulgarien	66	60	37	36	38
Dänemark	66	52	59	58	55
Kroatien	34	56	25	32	38
Norwegen	46	50	21	42	8
Polen	61	41	22	26	40
Rumänien	53	52	-29	34	48
Slowakei	55	37	32	28	38
Slowenien	69	52	51	34	43
Tschechien	60	50	19	37	40
Ungarn	56	49	38	32	44
Ost-/Südosteuropa (ohne EU), Russland, Türkei	43	42	6	24	30
Albanien	10	46	18	37	18
Aserbaidshan	29	67	43	26	48
Bosnien und Herzegowina	51	80	19	56	70
Kosovo	35	70	40	60	70
Mazedonien	26	53	33	46	28
Russland	46	34	7	21	26
Serbien	44	60	33	46	50
Türkei	46	37	-20	2	20
Weißrussland	48	56	32	32	32
Nordamerika	73	65	34	41	43
Kanada	65	61	26	24	35
Mexiko	46	42	-5	25	29
USA	79	71	44	46	47

Region/Land Saldo aus höher minus geringer-Anteilen	Geschäfts- lage	Geschäfts- erwartungen	Konjunk- turentwicklung	Investitions- absichten	Beschäfti- gungsabsichten
Süd- und Mittelamerika	28	65	44	28	22
Argentinien	37	61	50	33	12
Brasilien	19	60	44	19	31
Chile	35	79	83	49	33
Ecuador	15	58	5	6	3
Kolumbien	35	66	30	24	29
Peru	35	76	39	28	24
Uruguay	20	35	-55	7	0
Venezuela	-48	-30	-61	-54	-43
China	55	42	21	37	45
Asien/Pazifik (ohne China)	54	63	34	33	35
Indien	49	79	47	42	30
Japan	63	63	32	25	34
Südkorea	0	48	-4	10	35
Malaysia	42	56	2	17	20
Neuseeland	85	64	33	28	36
Philippinen	63	70	50	49	44
Singapur	62	46	42	40	41
Taiwan	53	50	5	18	39
Thailand	51	54	44	51	50
Afrika, Nah- und Mittelost	28	53	22	33	34
Ägypten	70	65	26	50	52
Algerien	0	44	20	28	29
Ghana	18	91	27	40	36
Kenia	41	87	43	32	31
Südafrika	27	52	27	3	0
Tunesien	27	54	24	52	47
Vereinigte Arabische Emirate	33	33	5	23	33

Geschäftslage der Unternehmen

Saldo in Punkten

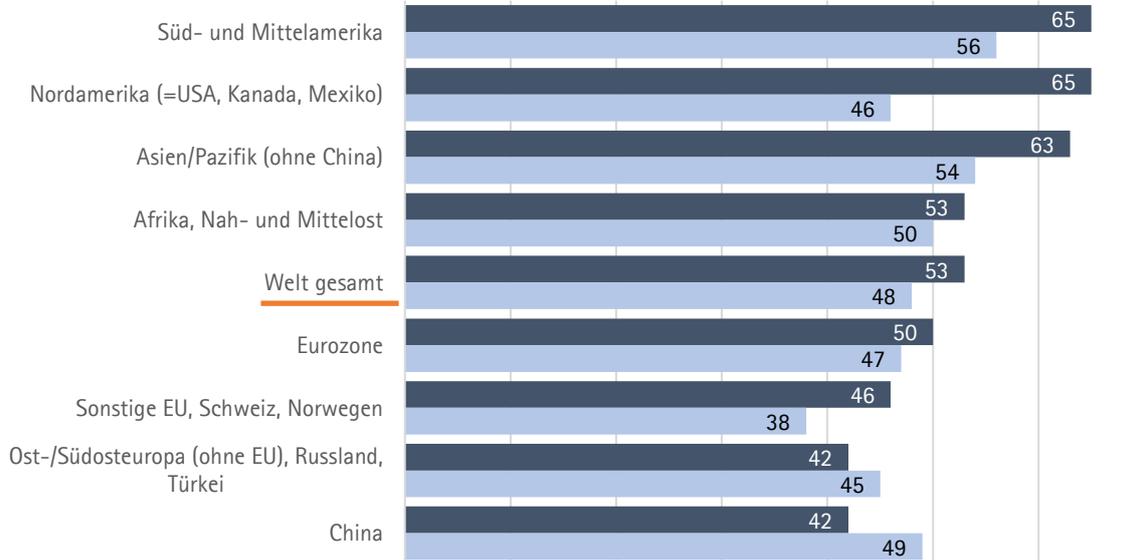
■ Frühjahr 2018 ■ Herbst 2017



Geschäftserwartungen der Unternehmen

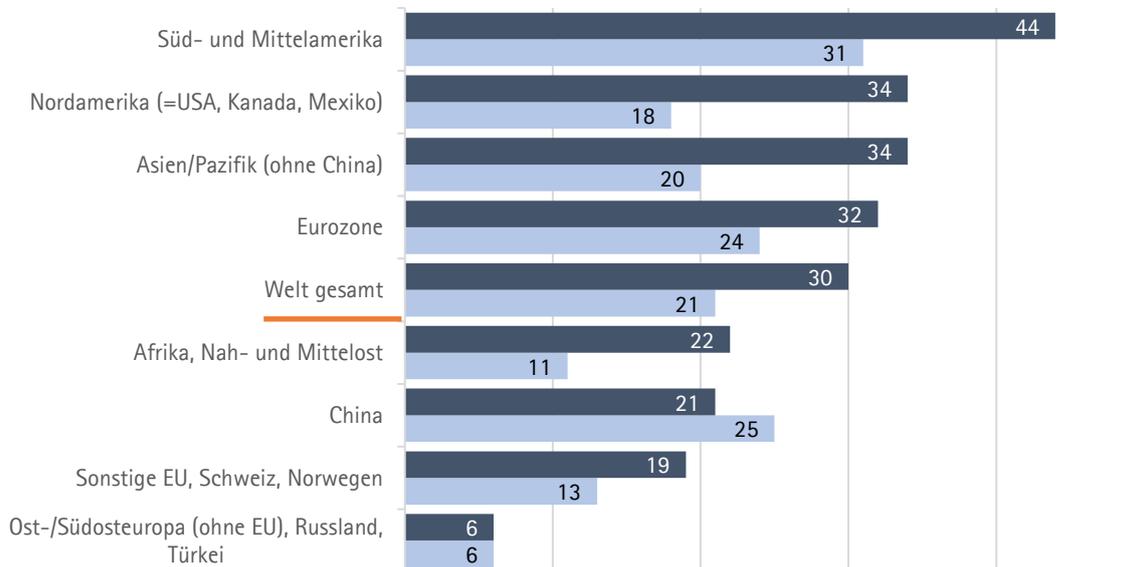
Saldo in Punkten

■ Frühjahr 2018 ■ Herbst 2017



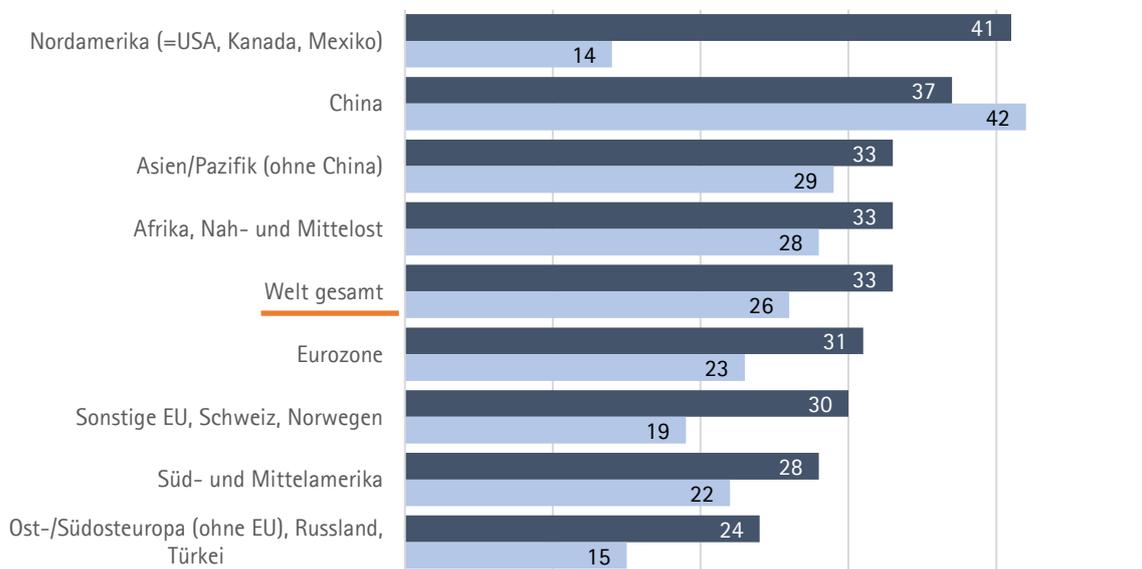
Mittelfristige Konjunkturerwartungen der Unternehmen Saldo in Punkten

■ Frühjahr 2018 ■ Frühjahr 2017



Investitionsabsichten der Unternehmen Saldo in Punkten

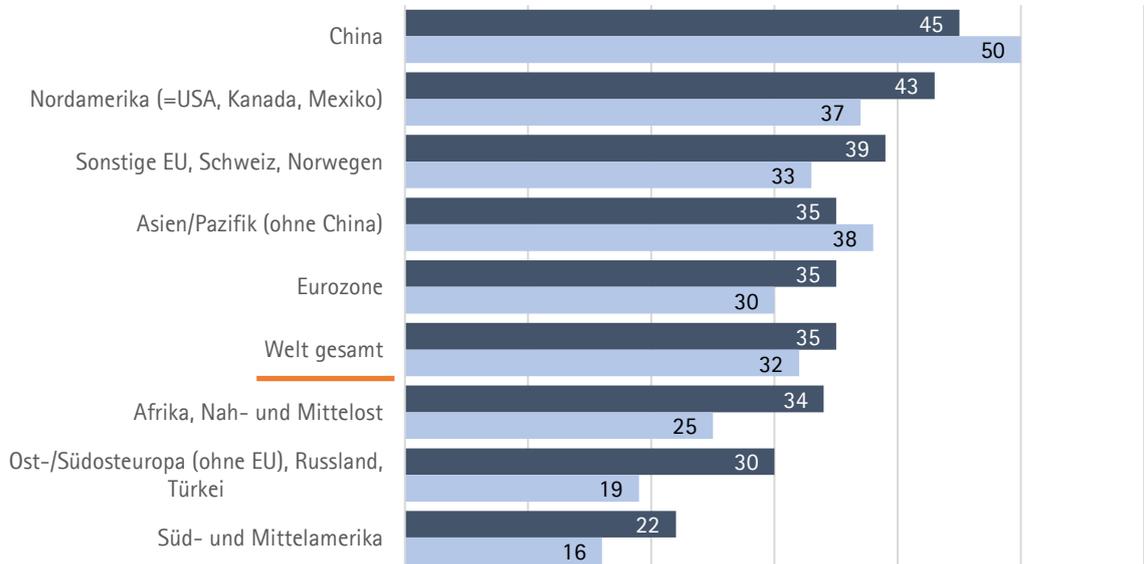
■ Frühjahr 2018 ■ Herbst 2017



Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

Saldo in Punkten

■ Frühjahr 2018 ■ Herbst 2017

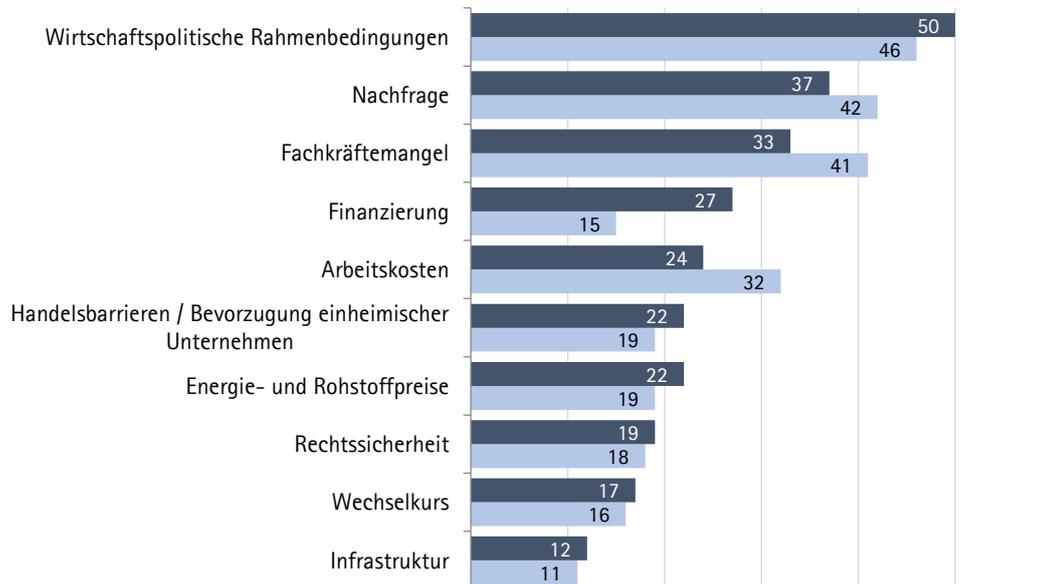


Risiken in der Eurozone

in Prozent

■ Frühjahr 2018

■ Herbst 2017

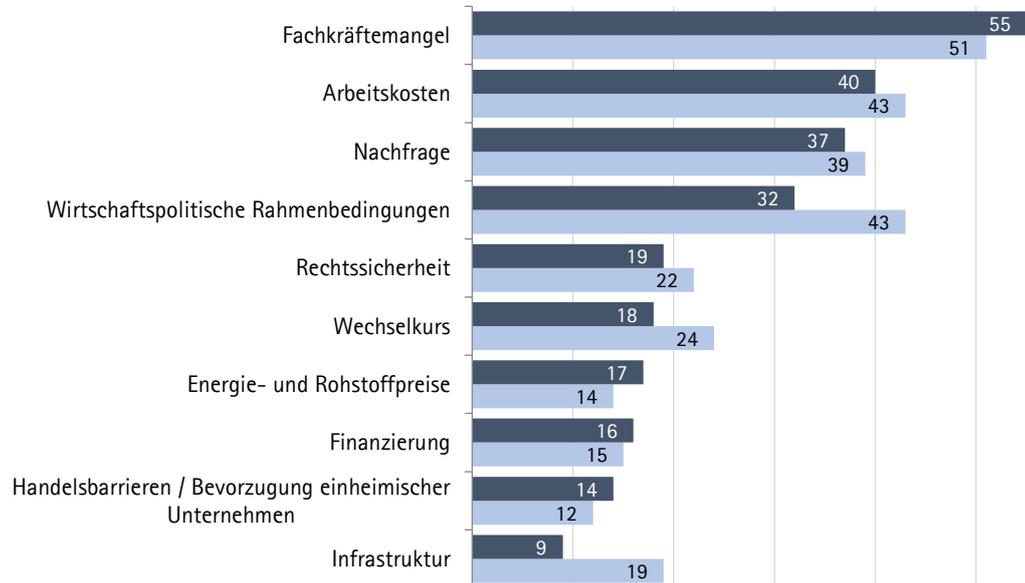


Risiken in der Sonstigen EU, Schweiz, Norwegen

in Prozent

■ Frühjahr 2018

■ Herbst 2017



Risiken in Ost-/Südosteuropa (ohne EU), Russland, Türkei

in Prozent

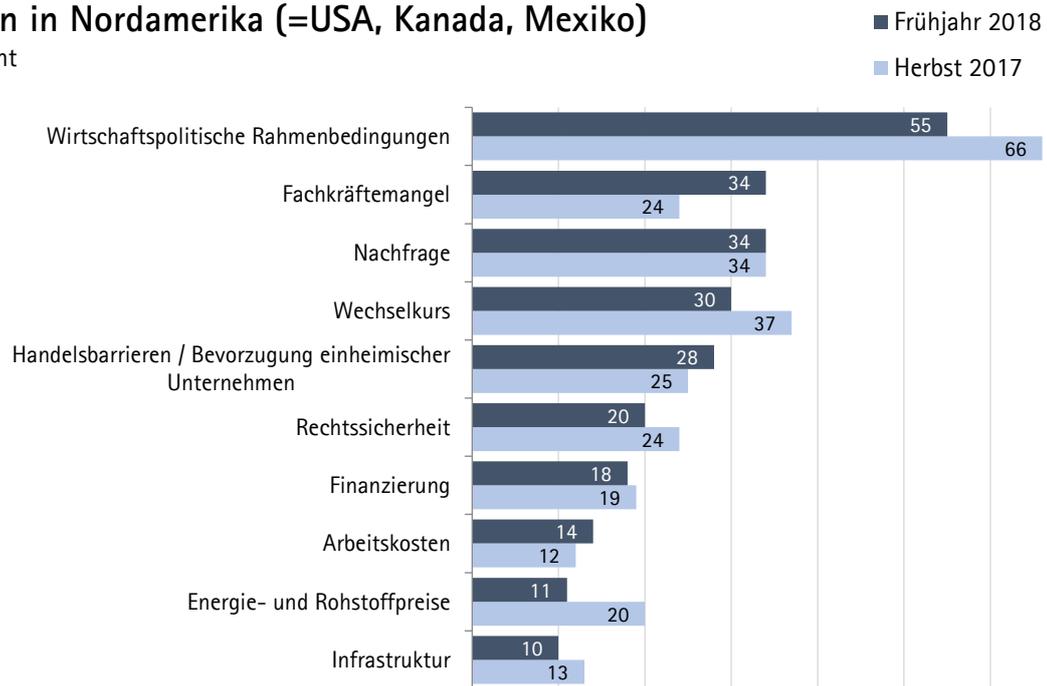
■ Frühjahr 2018

■ Herbst 2017



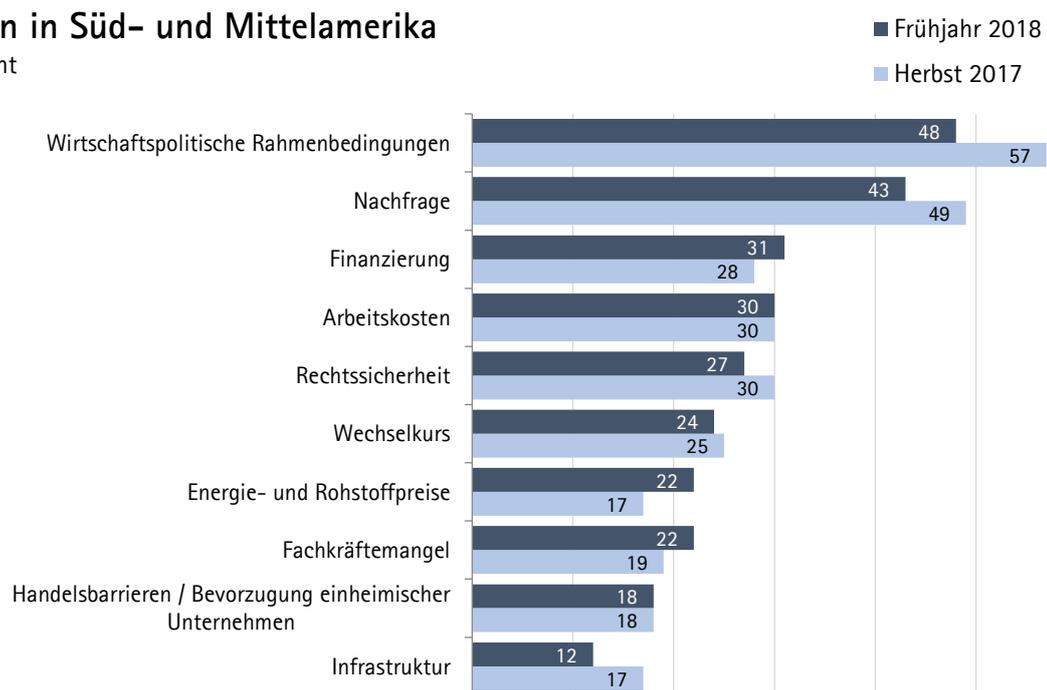
Risiken in Nordamerika (=USA, Kanada, Mexiko)

in Prozent



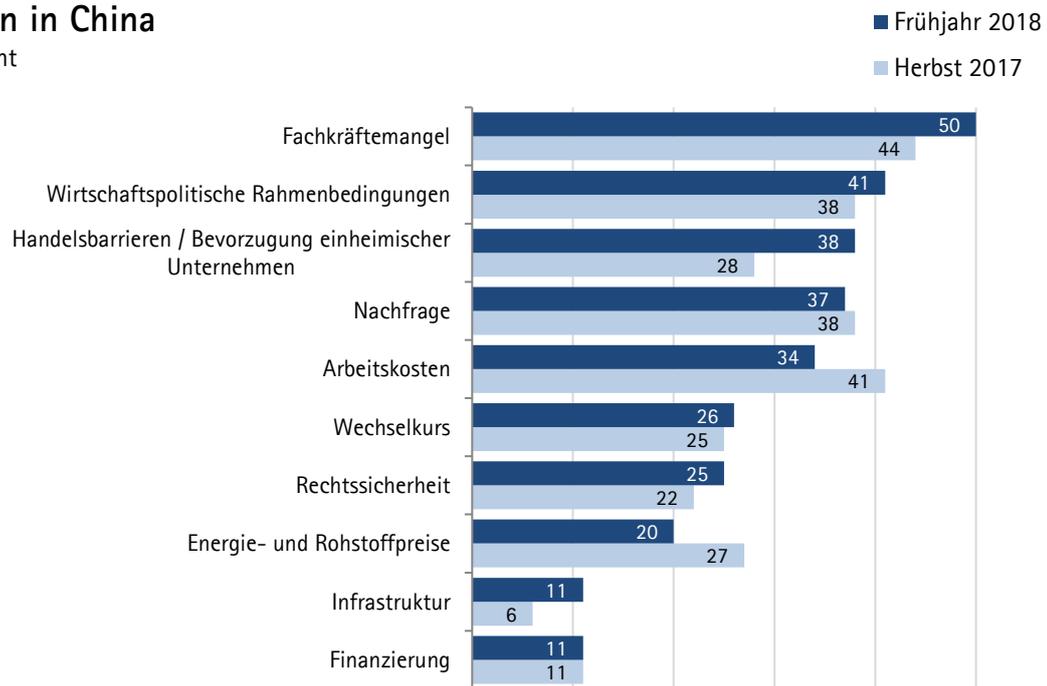
Risiken in Süd- und Mittelamerika

in Prozent



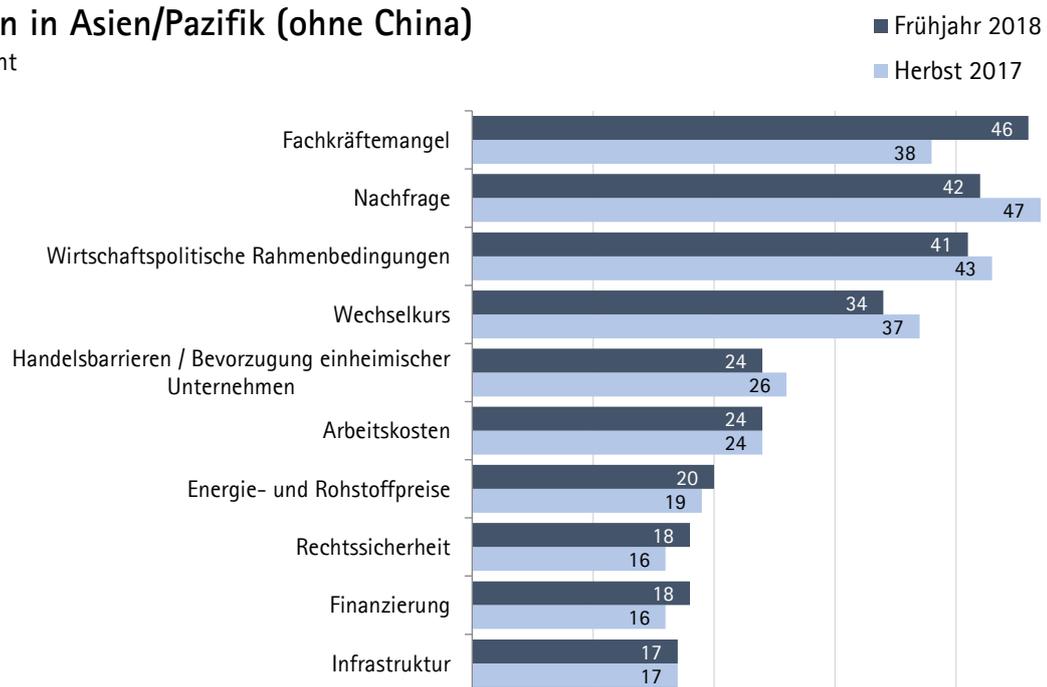
Risiken in China

in Prozent



Risiken in Asien/Pazifik (ohne China)

in Prozent



Risiken in Afrika, Nah- und Mittelost

in Prozent



Fragebogen

Wie beurteilen Sie die gegenwärtige geschäftliche Lage Ihres Unternehmens?

- gut
- befriedigend
- schlecht

Welche geschäftliche Entwicklung erwarten Sie für Ihr Unternehmen vor Ort in den kommenden zwölf Monaten?

- besser
- gleich bleibend
- schlechter

Wie beurteilen Sie die mittelfristige konjunkturelle Entwicklung vor Ort?

- besser
- gleich bleibend
- schlechter

Wie werden sich die Ausgaben Ihres Unternehmens für Investitionen vor Ort in den kommenden zwölf Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höher
- gleich bleibend
- geringer
- keine Investitionen

Wie wird sich die Beschäftigtenzahl Ihres Unternehmens vor Ort in den kommenden zwölf Monaten voraussichtlich entwickeln?

- höher
- gleich bleibend
- geringer

Wo sehen Sie die größten Risiken bei der wirtschaftlichen Entwicklung Ihres Unternehmens in den kommenden zwölf Monaten? (Mehrfachantworten möglich)

- Nachfrage
- Finanzierung
- Arbeitskosten
- Fachkräftemangel
- Wechselkurs
- Energie- und Rohstoffpreise
- Rechtssicherheit
- Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen
- Infrastruktur
- Handelsbarrieren / Bevorzugung einheimischer Unternehmen